

ZYPERN

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2022

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Seit dem griechischen Putsch und der darauf folgenden türkischen Besetzung im Jahr 1974 ist die Insel Zypern geteilt. Die griechisch-zypriotische Volksgruppe lebt südlich der Trennungslinie in der international anerkannten Republik Zypern. Die türkischen Zypriot_innen leben im Nordteil der Insel, der Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ), die jedoch international nicht anerkannt ist.¹

Das Jahr 2021 war überwiegend von Stillstand und Unsicherheit hinsichtlich der Zypernfrage geprägt, die seit dem Scheitern der letzten Gesprächsrunde zur Wiedervereinigung der Insel auf der internationalen Konferenz in Crans Montana (Schweiz) im Juli 2017 vorherrschen. Eine konfrontativere türkische Außenpolitik gegenüber Griechenland und Zypern seit 2019 führte im Oktober 2020 dann auch zur Wahl des Hardliners Ersin Tatar im Norden der Insel – nach massiven Interventionen der Türkei zu seinen Gunsten. Unterstützt von Ankara forderte Tatar die Anerkennung der gleichberechtigten türkisch-zypriotischen Souveränität und damit eine Zweistaatenlösung als Voraussetzung für die Wiederaufnahme von Verhandlungen und machte damit jede Aussicht auf substanzielle Gespräche zunichte. Ermutigt durch die Verhärtung der türkischen Positionen zeigte sich die griechisch-zypriotische Seite nun versöhnlicher und kehrte zu der international akzeptierten Basis einer Wiedervereinigung Rahmen einer bikom-

munalen, bizonalen Lösung zurück. Damit endete eine Phase verwirrender Signale der griechisch-zypriotischen Seite bezüglich des Rahmens für eine Lösung, die die Glaubwürdigkeit des Engagements des griechisch-zypriotischen Präsidenten Nicos Anastasiades für eine Lösung des Zypernproblems ernsthaft untergraben hatte. Der gescheiterte Versuch des UN-Generalsekretärs Antonio Guterres, auf einem informellen Fünf-Parteien-Gipfel (beide zypriotische Volksgruppen, die Garantiemächte Griechenland, Türkei und Vereinigtes Königreich sowie die EU als Beobachterin) in Genf eine gemeinsame Grundlage für die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu finden, blieb der wichtigste konstruktive Schritt in der Zypernfrage im Jahr 2021.

Im Oktober 2020 eskalierte die türkische Seite die Situation weiter, indem sie einseitig Teile der umzäunten Geisterstadt Varosha unter die Verwaltung der TRNZ stellte. Varosha, ein von griechischen Zypriot_innen bewohnter Vorort von Famagusta, war seit 1974 unbewohnt und wurde von der türkischen Armee verwaltet und diente als Verhandlungsmasse bei den Verhandlungen über eine Lösung des Zypernproblems. UN-Resolutionen fordern die Übergabe des Gebiets an die UN und die Rückkehr der rechtmäßigen Bewohner_innen. Im Zusammenhang mit der Öffnung von Varosha gab die türkische Seite zu verstehen, dass sie die Rückkehr der griechisch-zypriotischen Eigentümer_innen akzeptieren würde, wenn ihre Ansprüche vom international anerkannten »Ausschuss für unbewegliches Eigentum« im Norden als berechtigt anerkannt würden. Die internationale Gemeinschaft verurteilte die Öffnung, da das Gebiet dann von den Behörden im Norden verwaltet werden würde, was geltenden UN-Resolutionen widerspräche. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts waren etwa 3,5 Prozent des Gebiets geöffnet, aber keiner der Bewohner_innen ist bisher zurückgekehrt.

Neben der Öffnung von Varosha blieb die Auseinandersetzung um die Erkundung und Ausbeutung von Öl und Gas vor der Küste der Insel der dynamischste und gefährlichste Aspekt des Zypernproblems. Als Reaktion auf die einseitigen Explorationsaktivitäten der griechisch-zypriotischen Seite und die regionale Zusammenarbeit der Republik Zypern mit Israel,

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Republik Türkei anerkannt. Für die Türkei und die türkischen Zypriot_innen ist Ersin Tatar der Präsident der Türkischen Republik Nordzypern, während die internationale Gemeinschaft ihn als das kommunale Oberhaupt der türkischen Zypriot_innen betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international weiterhin als die Regierung der gesamten Insel anerkannt ist, gilt die gesamte Insel nun als Mitglied der Europäischen Union. Allerdings ist der Acquis Communautaire in Nordzypern bis zu einer politischen Lösung des Zypernproblems ausgesetzt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrags).

Ägypten und Griechenland im Bereich der Gasförderung eskalierte die Türkei 2019 die Situation auf der Basis, dass ihre Rechte und die Rechte der türkischen Zypriot_innen ignoriert würden. Zunächst begann Ankara, mit Zustimmung der türkisch-zypriotischen Behörden in Gebieten zu bohren, die die Republik Zypern als ihre ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) beansprucht. Dann unterzeichnete Ankara ein Abkommen mit der libyschen Regierung über die Abgrenzung ihrer jeweiligen AWZ und drohte damit, in Gebieten zu bohren, die Griechenland als seine eigene AWZ beansprucht. Im Jahr 2021 blieb die Frage ungelöst, doch die Spannungen nahmen ab. Probebohrungen Ende 2021 wurden nicht durch türkische Aktivitäten in der von der Republik Zypern beanspruchten AWZ beantwortet.

Im Mai wählten die griechischen Zypriot_innen ein neues Parlament. Die regierende konservative Partei DISY (Dimokratikos Synagermos, Demokratische Versammlung) behielt ihre Position als größte Partei im zypriotischen Parlament, obwohl sie ebenso wie die andere große Partei, die oppositionelle, linke AKEL (Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou, Fortschrittspartei des werktätigen Volkes), einen Sitzverlust hinnehmen musste. DISY, AKEL und die Mitte-Rechts-Partei DIKO (Dimokratiko Komma, Demokratische Partei) verloren zusammen etwa 35 000 Stimmen, während die sozialdemokratische EDEK (Kinima Sosialdimokraton, Sozialdemokratische Bewegung) leicht zulegen konnte. Die rechtsextreme ELAM (Ethniko Laiko Metopo, Nationale Volksfront) setzte ihre Serie von Wahlerfolgen fort und konnte ihre Wählerschaft seit den letzten Wahlen im Jahr 2016 fast verdoppeln. Der neu gegründete DIPA (Dimokratiki Parataxi, Demokratische Front), die sich von der DIKO abgespalten hatte, gelang ebenfalls der Einzug ins Parlament. Die Ergebnisse waren: DISY 27,8 Prozent (–2,9 Prozent) 17 Sitze (–1); AKEL 22,3 Prozent (–3,3 Prozent), 15 Sitze (–1); DIKO 11,3 (–3,2 Prozent) 9 Sitze (0), ELAM (6,8 Prozent) 4 Sitze (+2); EDEK (6,7 Prozent) (+1); DIPA (6,1 Prozent) 4 Sitze (+4); KOSP (Kinima Ikologon – Synergasia Politon, Bewegung der Ökologen – Bürgerkooperation) 4,4 Prozent (–0,4 Prozent) 3 Sitze (+1). Die Solidaritätsbewegung (Kinima Allilengyi, KA) scheiterte an der 3,6-Prozent-Hürde und zog nicht in die Abgeordnetenkammer ein. Das Bürgerbündnis (Symmachia Politon, SYPOL) trat unter dem Deckmantel der EDEK an und kehrte nicht als eigene Partei ins Parlament zurück.

Der nördliche Teil Zyperns litt auch im Jahr 2021 unter politischer und wirtschaftlicher Instabilität, die durch die hohen Inflationsraten in der Türkei stark beeinträchtigt wurde. Nach nur einem Jahr im Amt brach die Regierungskoalition im November zusammen. Faiz Sucuoglu (UBP, Ulusal Birlik Partisi, Partei der Nationalen Einheit) wurde Ministerpräsident, nachdem er mit der Demokratischen Partei (DP) eine Minderheitsregierung für den Übergang gebildet hatte. Am 23. Januar 2022 fanden vorgezogene Wahlen statt, die die UBP mit 39,5 Prozent und 24 Parlamentssitzen gewann und damit die absolute Mehrheit nur um zwei Sitze verfehlte. Zweitstärkste Partei mit 32 Prozent (18 Sitze) war die Republikanische Türkische Partei (Cumhuriyetçi Türk Partisi, CTP). Die Demokratische Partei (Demokrat Parti, DP) erhielt 7,4 Prozent der Stimmen (3 Sitze), während die Volkspartei (Halkin Partisi, HP)

6,7 Prozent der Stimmen (3 Sitze) erhielt. Die Partei der Wiedergeburt (Yeniden Doğuş Partisi, YDP) erhielt 6,4 Prozent (2 Sitze). UPB, DP und YPD bildeten eine Koalitionsregierung.

Als im März 2020 die ersten Covid-19-Fälle auf Zypern auftraten, wurde die Pandemie zunächst auf beiden Seiten der Trennungslinie sehr gut bewältigt. Als Begleiterscheinung der Pandemie waren die Übergänge an der »grünen Linie« zwischen den beiden Seiten 16 Monate lang geschlossen oder nur sporadisch geöffnet. Im Juni 2021 wurden die Kontakte zwischen den beiden Gemeinschaften wieder möglich, als die Kontrollpunkte geöffnet wurden. Sie blieben geöffnet, obwohl die Infektionszahlen bis Ende 2021 auf beiden Seiten der Trennungslinie immer neue Reckordhöhen erreichte. Im Süden stieg die Zahl der Menschen, bei denen Covid-19 diagnostiziert wurde, von 22 651 im Jahr 2020 auf 166 828 Fälle im Jahr 2021. Die Zahl der pandemiebedingten Todesfälle stieg im gleichen Zeitraum von 125 auf 638. Im Jahr 2020 war die Lage im Norden »Dank« der Isolierung der türkischen Zypriot_innen und der anfänglich strengeren Maßnahmen der Behörden im Norden deutlich besser. Bis zum Ende des Jahres 2021 hatte der Norden jedoch aufgeholt und die Zahlen hatten sich auf ähnlich hohem Niveau im Verhältnis zur Bevölkerungsgröße eingependelt. Die Zahl der Menschen, bei denen im Norden Covid-19 diagnostiziert wurde, stieg innerhalb eines Jahres von 1 532 im Jahr 2020 auf 35 011, während die Zahl der auf das Virus zurückzuführenden Todesfälle von 7 auf 138 anstieg.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Republik Zypern

Die Wirtschaft der Republik Zypern stützt sich weitgehend auf Dienstleistungen. Diese Dienstleistungen, einschließlich Tourismus, Finanzdienstleistungen und Immobilien, machten vor der Pandemie fast 80 Prozent des BIP aus. Die Industrie trug nur 10 Prozent und die Landwirtschaft 2 Prozent zur Wirtschaft bei. Nach fünf Jahren ununterbrochenen Wachstums seit der Finanzkrise 2013 geriet die Wirtschaft im Süden aufgrund der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie im Jahr 2020 erneut in eine Rezession. Allein der Schlüsselsektor Tourismus brach im gesamten Jahr um 84,1 Prozent ein. Zusammen mit der Wirtschaft erholte sich der Tourismus im Jahr 2021 mit einem Anstieg von 195,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr teilweise. Das bedeutete aber immer noch 52,4 Prozent weniger Tourist_innen als 2019. Während die Wirtschaft im Vorjahr um 5,1 Prozent geschrumpft war, wuchs sie 2021 um 4,8 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ging leicht von 7,6 Prozent im Jahr 2020 auf 7,5 Prozent im Jahr 2021 zurück, die Jugendarbeitslosigkeit sank von 19,9 Prozent im Dezember 2020 auf 15,1 Prozent im Dezember 2021. Die Deflation von 2020 (–1,1 Prozent) verwandelte sich in eine niedrige Inflation von 1,67 Prozent im Jahr 2021.

Die Regierung der Republik Zypern hat auf die Covid-19-Krise mit einem massiven Ausgabenprogramm reagiert. Nach einer Schätzung von Sapia Country Analysis belief sich die gesamte fiskalische Unterstützung auf 1,8 Mrd. Euro oder rund

8,5 Prozent des BIP bis Ende 2020. Folglich erreichte die Gesamtverschuldung Ende 2020 115,3 Prozent des BIP, verglichen mit 94 Prozent des BIP im Jahr 2019. Im Jahr 2021 verbesserten sich die öffentlichen Finanzen jedoch. Laut einem vorläufigen Bericht des zyprischen Statistikdienstes (Cystat), der am 28. Februar veröffentlicht wurde, sank das zyprische Staatsdefizit im Jahr 2021 auf 409,1 Mio. Euro oder 1,8 Prozent des BIP. Dies ist auf eine Kombination aus einem 16-prozentigen Anstieg der Einnahmen und geringeren Ausgaben zurückzuführen, da die meisten pandemiebedingten Beschäftigungsförderungsprogramme beendet wurden. Infolgedessen sank die öffentliche Verschuldung im Verhältnis zum BIP der Republik Zypern von 115,3 Prozent auf 103,8 Prozent bis Ende 2021.

Im August unterzeichnete die Republik Zypern eine Vereinbarung mit der Europäischen Kommission im Rahmen des EU-Konjunkturprogramms, das die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie abmildern und den ökologischen und digitalen Wandel der EU-Länder unterstützen soll. Der Plan sieht 1,2 Mrd. Euro an Zuschüssen und 0,2 Mrd. Euro an Darlehen für die Republik Zypern vor, die die Regierung beabsichtigt für die Reform des öffentlichen Dienstes, die Bekämpfung der Korruption, die Modernisierung der Gerichte und die ökologisch nachhaltige Entwicklung einzusetzen.

Türkische Republik Nordzypern TRNZ

Wie das Jahr 2020 war auch das Jahr 2021 für die türkisch-zyprische Wirtschaft schlecht, trotz einiger deutlicher Verbesserungen im Vergleich zum Vorjahr. In den ersten neun Monaten des Jahres 2021 stiegen die Gesamtexporte um 29,3 Prozent (auf 98,9 Mio. Euro), die Importe um 44,5 Prozent (1,16 Mrd. Euro). Die beiden Hauptantriebskräfte der Wirtschaft, der Tourismus und die Hochschulbildung, waren von der Covid-19-Pandemie besonders stark betroffen. Die Einnahmen für den Tourismus waren im Jahr 2020 um 82,7 Prozent gesunken. Die Einnahmen im Hochschulsektor sanken 2020 um 36,1 Prozent. Die Mehrheit der Studenten hatte es außerdem vorgezogen, in ihrem Heimatland zu bleiben, als die Universitäten auf Online-Unterricht umgestellt hatten. Im Jahr 2021 verbesserte sich die Situation mit deutlich höheren Belegungsraten in Hotels (wenn auch weit unter dem Niveau vor der Pandemie) und der Rückkehr ausländischer Studenten im Herbst, als die Präsenzlehre wieder aufgenommen wurde.

Die Behörden im Norden gaben weiterhin Geld für die pandemiebedingte Unterstützung der Wirtschaft aus. Wie im Jahr 2020 musste der Großteil der Gelder durch Darlehen und Zuschüsse der Türkei sowie durch Einsparungen im Inland aufgebracht werden, da der Norden keinen Zugang zu internationalen Krediten hat, was die sozialen Auswirkungen der Krise auf die türkisch-zyprische Gesellschaft verschärfte. Nach Angaben des Finanzministeriums verzeichnete die Türkische Republik Zypern im Jahr 2021 ein Haushaltsdefizit von 954,7 Mio. TL (Türkische Lira, entspricht 61 Mio. Euro). Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 10,4 Mrd. TL (665 Mio.

Euro), während die Einnahmen 9,4 Mrd. TL betragen, obwohl die Türkei 1,83 Mrd. TL überwiesen hatte.

Für die meisten türkischen Zyprioten beschleunigte sich der Rückgang ihres Lebensstandards aufgrund des dramatischen Anstiegs der Inflationsrate, die von 15 Prozent im Jahr 2020 auf 46,1 Prozent im Jahr 2021 anstieg. Der dramatische Wertverlust der türkischen Lira gegenüber ausländischen Währungen hat die Kaufkraft der Durchschnittsbürger drastisch reduziert. Nach Angaben des Statistischen Instituts lag der Verbraucherpreisindex im Januar 2022 um 53,36 Prozent höher als im Januar 2021.

Eine weitere Auswirkung der schlechten Wirtschaftslage war der Rückgang der Erwerbsbevölkerung und die Abwanderung ausländischer Arbeitnehmer_innen (hauptsächlich aus der Türkei). Aus dem (dritten) Quartalsbericht der Zentralbank der Türkischen Republik Nordzypern geht auf der Grundlage von Daten des Arbeitsministeriums hervor, dass die Zahl der registrierten Arbeitnehmer_innen, die vor der Covid-19-Pandemie im Januar 2020 bei 119.568 lag, im Januar 2021 um 13,6 Prozent auf 105.945 zurückging. Im gleichen Zeitraum sank die Gesamtzahl der Inhaber_innen von Arbeitserlaubnissen, d. h. der Arbeitnehmer_innen aus dem Ausland, um 23,7 Prozent von 50.271 auf 38.340, während die Zahl der versicherten Arbeitnehmer_innen aus der TRNZ von 69.297 auf 67.605 zurückging. In dem Bericht wird festgestellt, dass der Hauptgrund für den Rückgang der registrierten Arbeitnehmer_innen mit Arbeitserlaubnis der Rückgang der Zahl der Inhaber einer Arbeitserlaubnis aus der Türkei ist. Die Zahl der in Nordzypern arbeitenden türkischen Staatsbürger, die Anfang 2020 bei 33.767 lag, sank um 26,8 Prozent auf 24.711 im Jahr 2021. Die Arbeitslosigkeit im Norden ging von 10,1 Prozent im Jahr 2020 auf 7,8 Prozent im Jahr 2021 zurück. Die Jugendarbeitslosigkeit blieb nach wie vor ein großes Problem, aber die Situation verbesserte sich im Jahr 2021, da die Zahlen von 29,3 Prozent im Jahr 2020 auf 21,4 Prozent sanken.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Republik Zypern

Die erste Jahreshälfte 2021 war weitgehend von der Covid-19-Pandemie und den Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit geprägt, was wiederum zur Einschränkung des Betriebes wichtiger Wirtschaftssektoren führte. Die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften konzentrierte sich auf die Beantragung von Plänen und Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitnehmer_innen, d. h. zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze und zur Deckung der Einkommensverluste, die sich aus den verschiedenen Maßnahmen ergaben, wie etwa der Schließung von Freizeitzentren. In diesem Zusammenhang ist es den Gewerkschaften gelungen, Regelungen für die Zeiträume zu treffen, in denen verschiedene Arbeitnehmer_innen vorübergehend arbeitslos waren. Zu diesen Regelungen gehören Sondervergütungen, die den Arbeitnehmer_innen während dieser Zeiten gewährt wurden, die als Dienstzeiten und tatsächliche Beiträge zu den Renten- und Krankenkassen

galten und daher für die Gewährung von Sondervergütungen wie Jahresurlaub, aber auch für die Zahlung anderer Vergütungen eingereicht wurden. Diese Regelungen waren für die Arbeitnehmer_innen von großer Bedeutung, da sie ohne sie für die Dauer ihres Jahresurlaubs unbezahlt geblieben wären und bestimmte Leistungen ganz oder teilweise verloren hätten.

Obwohl sich die Wirtschaftstätigkeit ab der ersten Jahreshälfte 2021 von der scharfen Rezession zu erholen begann, was vor allem auf die Inlandsnachfrage zurückzuführen war, blieb die Aktivität im Tourismus immer noch deutlich unter dem Niveau vor der Pandemie. Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt wurden durch besondere Unterstützungsmaßnahmen der Regierung abgefedert. Nach einem relativ leichten Anstieg im Jahr 2020, der im Mai 2021 einen Höchststand von 10,4 Prozent erreichte, ging die Arbeitslosenquote kontinuierlich zurück und erreichte im August schließlich 4,4 Prozent. Dieser Rückgang spiegelt die allmähliche wirtschaftliche Erholung, insbesondere im Tourismussektor, wider. Vom Ausbruch der Pandemie bis zum Frühjahr 2021 profitierte zwischen 50 und 60 Prozent der Erwerbsbevölkerung von befristeten Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigung, die dazu beitrugen, Arbeitsplätze und Einkommen zu erhalten und den Anstieg der Arbeitslosenquote einzudämmen. Seit der Wiederbelebung der Wirtschaft im Frühsommer 2021 zielten die Maßnahmen stärker auf die Unternehmen des Tourismussektors ab, die erhebliche Umsatzeinbußen hinnehmen müssen, nämlich einen Rückgang von 40 Prozent im Vergleich zu 2019 und eine Auslastung von weniger als 60 Prozent.

Im Jahr 2021 waren die Einführung eines nationalen Mindestlohns, die Rentenreform, die Neuformulierung des Beschäftigungsrahmens für Arbeitnehmer_innen aus Drittländern sowie die neue Gesetzgebung zur Telearbeit die Hauptthemen der Diskussionen zwischen dem Arbeitsministerium, den Interessengruppen und den Sozialpartnern.

Ein wichtiger Meilenstein war die Debatte über den Mindestlohn. Die Gewerkschaften betrachteten das Thema als Teil einer Reihe von Vorschriften, die der Staat einführen muss, um die Arbeit neu zu strukturieren und Lohndumping und unlauteren Wettbewerb zwischen den Arbeitgebern zu bekämpfen. Sie forderten institutionelle Vorkehrungen, damit die in den Branchenverträgen vereinbarten Mindestlöhne für alle Arbeitnehmer_innen der Branche gelten, für die die Verträge gelten. Sie sprachen sich auch für die Einführung eines Mechanismus aus, bei dem ein Mindestlohn und grundlegende Beschäftigungsbedingungen für nicht abgedeckte Verträge durch Tarifverhandlungen vereinbart werden. Das Arbeitsministerium orientiert sich an dem Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der 2019 fertiggestellt, und dessen Empfehlungen aufgrund des Einfrierens der Prozesse zur Einführung eines nationalen Mindestlohns jedoch noch nicht umgesetzt wurden. Aufgrund der durch die Pandemie entstandenen neuen Rahmenbedingungen für die Arbeit und die Wirtschaft im Allgemeinen hat das Arbeitsministerium beschlossen, dass der Bericht aktualisiert werden muss. Es wird jedoch betont, dass die Wirksamkeit des Mindestlohns

ein zentraler Bestandteil des Berichts bleiben wird, d. h. die breite Anwendung auf alle Arbeitnehmer_innen, die Einhaltung seiner Umsetzung durch die Arbeitgeber, basierend auf den Indikatoren der lokalen Wirtschaft (Lebensstandard, Arbeitslosenquote usw.).

Ein weiteres brennendes Thema ist die Rentenregelung. Das derzeitige Rentensystem Zyperns wurde 1980 eingeführt. In den vierzig Jahren seither haben sich die Arbeitsbedingungen, die Produktionsmodelle, die Arbeitsmärkte, die Zusammensetzung der Arbeitskräfte in Bezug auf Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Lebenserwartung usw. radikal verändert. Daher wird die »Modernisierung« der Rentenvorschriften, die durch eine umfassende Reform erfolgen soll, als notwendig erachtet. Darüber hinaus ist die Reform des Rentensystems Teil des nationalen Konjunkturprogramms, für das die Republik Zypern insgesamt rund 1,2 Mrd. Euro aus europäischen Fonds erhält. Voraussetzung für die Rentenreform ist die Einführung des nationalen Mindestlohns, der sich auf die Mindesthöhe der Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitnehmer_innen, arbeitgebende Instanz und Selbstständige auswirken wird. Was die Rente betrifft, so haben die Gewerkschaften »rote Linien« gesetzt, d. h. sie werden folgende Punkte nicht akzeptieren: die Kürzung der Rente um 12 Prozent für diejenigen, die mit 63 statt mit 65 in Rente gehen und die Anhebung des Rentenalters auf 67 Jahre.

Das Arbeitsministerium behauptet jedoch, dass die Rentenreform darauf abzielt, das Risiko der Altersarmut zu verringern, ein angemessenes Alterseinkommen, Solidarität und Gerechtigkeit zwischen den Generationen sowie das langfristige Überleben und die soziale Sicherheit zu gewährleisten, indem Anreize früher in Rente zu gehen abgebaut werden.

Eine Neugestaltung des »Beschäftigungsrahmens für Arbeitnehmer_innen aus Drittstaaten« erscheint nach Ansicht der Arbeitgeberverbände dringend geboten, da sie darin eine mögliche Lösung für den Personalmangel in wichtigen Wirtschaftszweigen wie der Tourismusbranche, dem Einzelhandel, der Krankenpflege, dem verarbeitenden Gewerbe usw. sehen. Die Gewerkschaften weisen darauf hin, dass die Besetzung freier Stellen, insbesondere im Hotelgewerbe, zu Beginn des Jahres 2022 erfolgen sollte, um die neuen Mitarbeiter_innen zu schulen, damit sie mit Beginn der Tourismussaison im Frühjahr den Anforderungen ihrer Arbeit gerecht werden können.

Die Regelung der Telearbeit schien eine »einfache« Angelegenheit zu sein, da die Sozialpartner übereinstimmten. In einem Schreiben der zypriotischen Industrie- und Handelskammer (CCCI) an den Arbeitsminister wurde jedoch bekannt, dass die Arbeitgeber der Ansicht sind, dass die Gesetzgebung zur Telearbeit die Elemente »Flexibilität und Arbeitsplatzsicherheit« beseitigen sollte. Der Arbeitgeberverband befürwortet eine bilaterale Vereinbarung in jedem einzelnen Unternehmen. In dieser Vereinbarung wird festgelegt, wer und für welche Dauer mit dem Telearbeitsmodell arbeiten wird. Die CCCI beruft sich in ihrem Schreiben auf eine europäische Richtlinie, die den Rahmen vorgibt, aber keine genauen Regeln für die Durchführung der Telearbeit enthält. Die Gesetz-

gebung zur Telearbeit ist zu einer Notwendigkeit geworden, da die Pandemie die Verlagerung vieler Angestellter von ihren betrieblichen Arbeitsplätzen in »Büros« zuhause intensiviert hat. Das Ausmaß dieses globalen Phänomens hat die Europäische Union auf den Plan gerufen, die ihre eigenen Leitlinien zu den zu berücksichtigenden Parametern und den in der Gesetzgebung zur Telearbeit zu garantierenden Rechten übermittelt hat. Auf der Grundlage dieser EU-Positionen führt das Arbeitsministerium Beratungen mit Gewerkschaften und anderen Interessengruppen durch, um die Rechtsvorschriften zur Telearbeit vorzubereiten, die die griechisch-zypriotische Regierung dann umsetzen soll.

Türkische Republik Nordzypern TRNZ

Die türkisch-zypriotischen Gewerkschaften waren im Jahr 2021 an verschiedenen politischen und wirtschaftlichen Fronten aktiv. Sie nutzten Streiks, organisierten Proteste und gaben einzeln oder gemeinsam Presseerklärungen ab, um politische Entscheidungsträger_innen und die breite Öffentlichkeit zu beeinflussen. Sie verklagten erfolgreich die Regierung und erreichten die Rücknahme des Regierungskreises, mit dem die Anpassung der Lebenshaltungskosten ausgesetzt wurde. Es gelang ihnen auch, die Regierung dazu zu bewegen, eine vorgeschlagene Änderung des Arbeitsgesetzes, die das Recht auf Tarifverhandlungen und Gewerkschaftsarbeit schwächen würde, (zumindest vorläufig) auf Eis zu legen. Schließlich kündigte einer der drei Gewerkschaftsverbände, Kibris Türk İşçi Sendikaları Federasyonu (Türk-Sen, Föderation der zypriotischen türkischen Gewerkschaften), eine Zusammenarbeit mit dem SEK (zypriotischer Arbeitnehmerverband) aus dem Süden an, um Arbeitssuchenden im Norden bei der Arbeitssuche im Süden zu helfen.

Das Jahr begann mit einer Verzögerung bei der Festsetzung des neuen Mindestlohns. Der Kommission für die Festlegung des Mindestlohns gelang es, den neuen Mindestlohn im Februar 2021 zu vereinbaren, nachdem es nach mehreren Sitzungen im Januar 2021 nicht gelungen war, eine Einigung zu erzielen. Der neue Mindestlohn wurde auf 3 828 TL (447 Euro) netto festgesetzt. Die Arbeitgebervertreter_innen, die einen Mindestlohn von 3 323 TL (388 Euro) netto wünschten, wie er im Februar 2020 festgesetzt worden war, boykottierten die Sitzung. Die Kommission ist der einzige regelmäßig arbeitende Mechanismus des sozialen Dialogs in der Türkischen Republik Nordzypern. Die Kommission tritt sich in der Regel zweimal im Jahr.

Ende Juli trat die Kommission zusammen, um den zweiten Mindestlohn des Jahres festzulegen, konnte aber keinen Konsens erzielen. Der Vertreter der Arbeitnehmer_innenseite, Ahmet Serdaroğlu (Hür-İşçi Sendikaları Federasyonu, Hür-İş, Bund Freier Gewerkschaften), wiederholte eine von einigen Gewerkschaften im vergangenen Jahr erhobene Forderung, den Mindestlohn an das niedrigste Gehalt im öffentlichen Sektor zu koppeln. Dies würde bedeuten, dass die Anpassung an die Lebenshaltungskosten automatisch alle sechs Monate erfolgt, so dass die Kaufkraft des Mindestlohns in Zeiten hoher Inflation besser geschützt werden könnte. Ende Juli sank

der Nettomindestlohn aufgrund der raschen Abwertung der türkischen Lira auf 377 Euro in Euro. Die Pattsituation setzte sich im August fort und selbst eine Sitzung konnte nicht stattfinden, sodass der Mindestlohn unverändert blieb. Am 15. September einigte sich die Kommission schließlich auf eine Erhöhung um 12,95 Prozent und setzte den Mindestlohn auf 4 324 TL (434 Euro) netto fest.

Im Laufe des Jahres wies Kibris Türk Amme Memurları Sendikası (KTAMS, Gewerkschaft der türkisch-zypriotischen Beamten) auf die sinkende Kaufkraft aufgrund der steigenden Inflation und der Abwertung der türkischen Lira hin. Sie betonte zudem, dass der Mindestlohn häufig unter die Armutsgrenze falle. Im September beispielsweise lag die Armutsgrenze Ende August bei 4 466 TL (446 Euro), und die Familien, die versuchen, mit dem Mindestlohn über die Runden zu kommen, werden von Preissteigerungen erdrückt. Der Mindestlohn in Euro ist von 419 Euro Ende September auf 393 Euro Ende Oktober gesunken. Darüber hinaus wiederholte die KTAMS die Forderung von Hür-İş, eine Gesetzesänderung vorzunehmen, um den Mindestlohn an die Lebenshaltungskostensteigerungen zu koppeln, die dem öffentlichen Sektor (normalerweise) alle sechs Monate zustehen.

Überraschend und wahrscheinlich, um sich vor den vorgezogenen Wahlen am 23. Januar 2022 einen Vorteil zu verschaffen, berief die Regierungsseite am 22. Dezember 2021 die Kommission zur Festlegung des Mindestlohns zu einer dritten Sitzung ein. Die Kommission legte den Mindestlohn, der ab dem 1. Januar in Kraft treten soll, auf 6 090 TL (449 Euro) netto fest. Die Entscheidung wurde erneut in Abwesenheit der Vertreter_innen der Arbeitgeber_innenseite getroffen, die die Sitzung aus Protest verließen und ankündigten, dass sie die Entscheidung vor Gericht anfechten würden.

Im Januar führten die in der öffentlichen Verwaltung organisierten Gewerkschaften Kamu İşçileri Sendikası (Kamu-İş, Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten) und KTAMS einen dreistündigen »Warnstreik« durch, um gegen den Personalmangel im staatlichen Krankenhaus von Famagusta zu protestieren.

Der März war ein arbeitsreicher Monat für die Gewerkschaften. Anfang März veranstaltete die Plattform »Dieses Land gehört uns« eine Demonstration, um gegen die Unterzeichnung eines Wirtschaftsprotokolls mit der türkischen Regierung zu protestieren, das weitere Entscheidungsbefugnisse an Ankara übertragen würde. Die Plattform kritisierte, dass diejenigen, die die eigene staatliche Souveränität in der Zypernfrage betonen, offenbar kein Problem darin sehen, mit jedem unterzeichneten Protokoll weiter Macht an Ankara zu übertragen. »Unser Ziel ist es, das Zypernproblem im Einklang mit dem Völkerrecht zu lösen, in die Welt integriert zu sein und uns selbst zu regieren«, fügte die Plattform hinzu. Die Plattform setzt sich aus Vertreter_innen linksgerichteter Gewerkschaften und politischer Parteien zusammen.

Am 15. März führten die drei Gewerkschaften der Linken und der Rechten, KTAMS, Kamu-İş, Kibris Türk Kamu Görevlileri

Sendikası (Kamu-Sen, Gewerkschaft der türkischen Beamten auf Zypern) und Gümrük Çalışanları Sendikası (Güç-Sen, Gewerkschaft der Zollangestellten) einen zweistündigen Streik durch, um ihre Solidarität mit den Beschäftigten des privaten Sektors zu bekunden. Sie wiesen darauf hin, dass die Beschäftigten in der Privatwirtschaft seit Beginn der Pandemie unter großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten litten; viele Menschen hätten ihren Arbeitsplatz verloren. Sie warfen der Regierung vor, den großen Unternehmen und nicht ihren Beschäftigten zu helfen. Später im Monat gaben dieselben Gewerkschaften eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie darauf hinwiesen, dass die Teuerungszulage keine Lohnerhöhung sei, sondern eine Absicherung der Kaufkraft gegen die Inflation, und warnten: »Sollte die Regierung ein Dekret zum Einfrieren der Teuerungszulage erlassen, werden wir alle demokratischen Aktionsrechte nutzen, einschließlich des Generalstreiks, und wir werden einen rechtlichen Kampf einleiten«. Dies hielt die Regierung nicht auf. Am 31. März 2021 erließ sie ein Dekret, mit dem die Lebenshaltungskosten für Angestellte des öffentlichen Dienstes und Rentner_innen für vier Monate eingefroren wurden. Dies hätte bedeutet, dass zwischen dem 1. März und dem 30. Juni keine Anpassung der Lebenshaltungskosten erfolgte.

Die Gewerkschaften haben im April heftig darauf reagiert. Am 5. April 2021 fand am Flughafen Ercan ein sechsstündiger Streik statt, der zu Verspätungen im Flugverkehr führte. Am 8. April führten sechs Gewerkschaften (KTAMS, Kamu-Sen, Kamu-İş, Güç-Sen, Gelir ve Vergi Dairesi Çalışanları Sendikası (Vergi-Sen, Gewerkschaft der Angestellten der Steuerbehörde), Kıbrıs Türk Hemşireler ve Ebeler Sendikası (KTHES, Gewerkschaft der Krankenschwestern und Hebammen) einen eintägigen Generalstreik und eine Protestkundgebung vor dem Parlament durch. Hunderte von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes marschierten zum Parlament, um zu protestieren. Sie forderten eine Rücknahme des Beschlusses und den Rücktritt der Regierung wegen ihres Missmanagements der Wirtschaft während der Pandemie. Der Streik führte dazu, dass die Plenarsitzung des Parlaments abgesagt werden musste, da sich die meisten Mitarbeiter_innen der Hilfsdienste an dem Streik beteiligten. Am 12. April hatten sechs Gewerkschaften einen unbefristeten Streik am Flughafen Ercan angekündigt, der am 13. April beginnen sollte, aber der Ministerrat berief sich auf seine gesetzliche Befugnis, den Streik mit sofortiger Wirkung um 60 Tage zu verschieben. Am 24. Juni hob das Verfassungsgericht schließlich den Regierungserlass zum Einfrieren des Lebenshaltungskostenausgleichs auf. Die Klage wurde von sechs Gewerkschaften eingereicht (darunter die linksgerichtete KTAMS sowie die rechtsgerichteten Kamu-Sen und Kamu-İş). Der Vorsitzende der KTAMS, Güven Bengihan, erklärte, das Gericht habe entschieden, dass die Regierung ein solches Dekret nicht am Parlament vorbei einführen könne. Er sagte auch, dass solche Regierungsdekrete nur in Ausnahmefällen und im öffentlichen Interesse eingesetzt werden könnten.

Im April schlug die Regierung eine Änderung von Artikel 30 des Arbeitsgesetzes vor. Nach geltendem Recht ist der bestehende Tarifvertrag gültig, bis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen wird. Die vorgeschlagene Änderung sieht vor, dass

der bestehende Tarifvertrag aufgehoben wird, wenn innerhalb eines Jahres kein neuer Tarifvertrag unterzeichnet wird. Der Gesetzentwurf sieht auch eine Begrenzung des Verhandlungsprozesses auf einen Monat vor. Am 28. April gab Ahmet Serdaroğlu (Hür-İş) im Namen der acht seinem Verband angeschlossenen Gewerkschaften eine schriftliche Erklärung ab und argumentierte, dass die von der Regierung vorgeschlagene Änderung den Arbeitnehmer_innen das Recht auf Tarifverhandlungen nehmen und eine große Gefahr für das Leben der Gewerkschaften darstellen würde. Serdaroğlu sagte: »Wir werden dieses Gesetz, das unseren Beschäftigten das Tarifverhandlungsrecht nehmen will, niemals akzeptieren. Sie wollen ein modernes Sklavereisystem einführen. Wir sind der Meinung, dass alle Gewerkschaften einen gemeinsamen Kampf gegen die vorgeschlagene Änderung aufnehmen sollten«. Am 23. Juni protestierten 24 Gewerkschaften aus dem gesamten politischen Spektrum (einschließlich der drei Gewerkschaftsverbände) vor dem Büro des Premierministers und drohten damit, das Leben zum »Stillstand« zu bringen, wenn die Regierung ihren Plan zur Änderung des Arbeitsgesetzes nicht aufgibt. In einer gemeinsamen Presseerklärung wurde vor einem landesweiten Generalstreik gewarnt, sollte die Debatte über den Gesetzentwurf im Parlament beginnen. Berichten zufolge wurde der Gesetzentwurf von Arbeitsminister Koral Çağman nach einer hitzigen Debatte im Parlament auf Eis gelegt. Die Änderung war als Voraussetzung für das am 3. März 2021 in Ankara unterzeichnete Wirtschafts- und Finanzprotokoll zwischen der Türkei und der TRNZ in den Vordergrund gerückt.

Am 6. Mai endete ein unbefristeter Streik, zu dem die Beschäftigten des öffentlichen Gesundheitswesens Anfang April wegen der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgerufen hatten, mit Erfolg. Der Gesundheitsminister erklärte, dass die Ärzt_innen, die seit 2017 auf Vertragsbasis arbeiten, in den Status von Festangestellten versetzt werden und die ihnen zustehenden Überstundenzahlungen in den kommenden Tagen erfolgen würden.

Wie in den Jahren zuvor war die Gewerkschaft Kıbrıs Türk Elektrik Kurumu Çalışanları Sendikası (El-Sen, Gewerkschaft der Angestellten der zyperntürkischen Elektrizitätsbehörde) auch im Jahr 2021 sehr aktiv. Ein unbefristeter Streik, zu dem El-Sen am 10. Mai aufgerufen hatte, wurde zwei Tage später beendet, nachdem eine Vereinbarung zwischen Kıbrıs Türk Elektrik Kurumu (Kib-Tek, der zyperntürkischen Elektrizitätsbehörde) und der Gewerkschaft getroffen worden war. El-Sen-Mitglieder, die am 12. Mai vor der Kib-Tek-Zentrale in Nikosia protestierten, versuchten, das Gebäude zu betreten, wurden jedoch von der Polizei aufgehalten. Die Demonstranten trugen Plakate und Transparente mit der Aufschrift »Nein zur Privatisierung«. Nach dem Protest kamen Vertreter von Kib-Tek und El-Sen zusammen und erzielten einen Kompromiss, der zur Unterzeichnung eines Tarifvertrags und eines Protokolls zwischen beiden Seiten führte.

Im August führten die in den staatlichen Elektrizitäts- und Telekommunikationsbehörden organisierten Gewerkschaften Anti-Privatisierungsaktionen durch. Der Vorsitzende von El-Sen erklärte, Kib-Tek stehe »am Rande des Bankrotts«,

u. a. wegen zu geringer Investitionen. Später im Monat versammelten sich El-Sen und andere Mitgliedsgewerkschaften und -parteien der Plattform »This Country is Ours« vor dem Hauptsitz von Kib-Tek und marschierten zum Ministerium für Wirtschaft und Energie. Während der Demonstration wurden schwarze Kränze an den Türen des Ministeriums niedergelegt. Es wurde behauptet, dass keine Investitionen in Kib-Tek getätigt worden seien und dass man gegen die Privatisierung kämpfen werde. Vertreter_innen der Oppositionsparteien, darunter der Vorsitzende der Toplumcu Demokrasi Partisi (TDP, Sozialdemokratische Partei), der Generalsekretär der Cumhuriyetçi Türk Partisi (CTP, Republikanische Türkische Partei), einige Abgeordnete, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen nahmen ebenfalls an der Demonstration teil und unterstützten diese. Anfang des Monats hatte Kibris Türk Telekomünikasyon Dairesi Çalışanları Sendikası (Tel-Sen, Gewerkschaft der Beschäftigten der Telekommunikationsabteilung) einen zweistündigen Warnstreik durchgeführt, um gegen Spekulationen über eine Privatisierung der Abteilung zu protestieren. Andere Mitgliedsgewerkschaften von Türk-Sen, zu der Tel-Sen gehört, unterstützten den Streik ebenfalls. Die Vorsitzende von Tel-Sen, Tamay Soysan, sagte, dass die Privatisierung der Telekommunikation in kleinen Ländern nicht im Interesse der Öffentlichkeit sei.

Im November und Dezember 2021 intensivierten die Gewerkschaften ihre Aktionen angesichts der steigenden Inflation. Am 5. November führten drei Gewerkschaften des öffentlichen Sektors (KTAMS, Kamu-Sen und Kamu-İş) einen halbtägigen Generalstreik und Protest gegen Preiserhöhungen vor dem Büro des Premierministers durch; am selben Tag wurde eine neue Regierung gebildet. Am 23. Dezember veranstalteten die Gewerkschaften einen Protest vor dem Parlament. Sie forderten die Regierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Kaufkraft der Bevölkerung vor der Abwertung der türkischen Lira und den daraus resultierenden Preiserhöhungen zu schützen. Am 28. Dezember organisierte die Plattform »This Country is ours« eine Massendemonstration mit dem Slogan »Nein zur Verarmung«. Vier der Gewerkschaften (KTÖS, KTOEÖS, Güç-Sen und Vergi-Sen) unterstützten den Protest durch ganztägige oder stundenweise Streiks in ihren Betrieben. Andere Gewerkschaften beteiligten sich auf Führungsebene. Auch einige politische Parteien, darunter die größte Oppositionspartei CTP, unterstützten die Demonstration. Die Gewerkschaften forderten den Schutz der Kaufkraft der Bevölkerung vor Preiserhöhungen und eine gerechte Verteilung der Sozialleistungen und sozialen Rechte.

Die linksgerichteten türkisch-zypriotischen Gewerkschaften waren auch in allgemeineren politischen Fragen aktiv. Im Juli begrüßte die Gewerkschaftsplattform die Entscheidung der CTP und der TDP, nicht an der Sondersitzung des Parlaments teilzunehmen, vor der der türkische Präsident Erdogan bei seinem Besuch in der Türkischen Republik Zypern im Juli sprach. »Die angemessene Antwort auf die herrschende Elite in der Türkei und ihre Kollaborateure, die den Forderungen der türkischen Zyprioten nach einer föderalen Lösung der Zypernfrage einen Schlag versetzten, kam von der CTP und der TDP«, so die Erklärung der Plattform.

Zu Beginn des Jahres bezog die Plattform zu einem anderen politisch heiklen Thema eindeutige Stellung. Am 24. Juni hielt die Plattform »This Country is Ours« eine Pressekonferenz vor dem Innenministerium ab und protestierte gegen die Staatsbürgerschaftspolitik der Regierung. Der Sprecher der Plattform erklärte, dass sich die Vergabe der Staatsbürgerschaft beschleunigt habe, und fügte hinzu, dass in den letzten sechs Monaten 2 500 Personen die Staatsbürgerschaft erhalten hätten. Am 5. Oktober protestierte diesmal allein die KTAMS vor dem Gebäude des Innenministeriums gegen die willkürliche Staatsbürgerschaftspolitik der Regierung, wie sie sagte. »Die türkischen Zypriot_innen laufen Gefahr, in ihrem eigenen Land zu einer Minderheit zu werden, weil die Regierung die Staatsbürgerschaften wie Bonbons verteilt«, sagte der Generalsekretär der KTAMS, Serman Yiğit, während des Protests.

Gegen Ende des Jahres kündigten zwei Gewerkschaften von beiden Seiten der Grünen Linie ihre Zusammenarbeit an, um Arbeitssuchende und Beschäftigte zusammenzubringen. Am 15. Dezember gab der Vorsitzende von Türk-Sen, dem ältesten türkisch-zypriotischen Gewerkschaftsverband, Arslan Bıçaklı, bekannt, dass sich sein Verband und der griechisch-zypriotische Gewerkschaftsbund SEK auf ein Programm geeinigt haben, das es rund 8 000 türkischen Zypriot_innen ermöglichen wird, im Süden eine Beschäftigung zu finden. »Solidarität zwischen den beiden Volksgruppen ist wichtig«, sagte SEK-Generalsekretär Andreas Matsas in einem in der türkisch-zypriotischen Tageszeitung Yenidüzen veröffentlichten Interview, in dem er darauf hinwies, dass die türkischen Zypriot_innen, die im Süden Arbeit suchen, dazu beitragen werden, den Mangel an Arbeitskräften in den Unternehmen im Süden zu beheben, und dass die Vereinbarung daher allen zugute kommen wird.

Am 16. November rief die KTÖS alle Schulen im nördlichen Teil der Insel auf, sich an dem bikommunalen Bildungsprojekt »Imagine« zu beteiligen. KTÖS sagte, dass »Imagine« nicht nur ein vielseitiges Bildungsprojekt ist, sondern auch eine wichtige Gelegenheit bietet, die beiden Gemeinschaften der Insel einander näher zu bringen, insbesondere mit dem Programm »Antirassismus- und Friedenskulturerziehung«, das im Oktober 2017 im Einvernehmen mit den damaligen Verantwortlichen der beiden Volksgruppen gestartet wurde. Anhand von Statistiken aus dem Jahr 2020 wies die KTÖS darauf hin, dass im Vorjahr 5 091 Schüler und 582 Lehrer an der Schulung teilgenommen hatten. Die Gewerkschaft fügte hinzu, dass 340 Lehrer an mono- und bikommunalen Schulungen zur Friedenskultur teilgenommen haben und 92 Schulleiter an den vom Projekt organisierten Konferenzen teilgenommen haben. Das »Imagine«-Projekt zielt darauf ab, zur Entwicklung vertrauensbildender Maßnahmen zwischen den beiden Gemeinschaften beizutragen, so KTÖS. Das »Imagine«-Projekt umfasst Konzepte wie den Kampf gegen Diskriminierung, die Entwicklung der Fähigkeit zu kritischem Denken, die Sensibilisierung für benachteiligte Gruppen, Gleichheit und Toleranz, Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit. Das »Imagine«-Projekt wird von der deutschen Botschaft in Nikosia unterstützt.

GEWERKSCHAFTEN IN ZYPERN – FAKTEN UND ZAHLEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Republik Zypern

Unter den Krisenbedingungen, die nach dem Krieg von 1974 in der griechisch-zypriotischen Gemeinschaft herrschten, wurde das dreigliedrige System, die institutionalisierte Konsultation zwischen Arbeitnehmer_innen- und Vertreter_innen arbeitgebender Instanzen unter der Schirmherrschaft des Staates, das bereits seit der späten Kolonialzeit in rudimentärer Form funktionierte und sich in den ersten Jahren der Republik konsolidierte, weiter gefördert, gestärkt und formalisiert, obwohl es keine rechtlich bindende Kraft erhielt. Die Gewerkschaften akzeptierten Lohnkürzungen und eine Reihe vorübergehender Einfrierungen von Leistungen im Rahmen der allgemeinen Bemühungen um den nationalen Wiederaufbau. Tarifverträge sind ein wichtiger Bestandteil des Arbeitsrechts. Allgemein gilt jedoch, dass Tarifverträge zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeber_innen für letztere nicht rechtsverbindlich sind. Eines der charakteristischsten Merkmale des zypriotischen korporatistischen Modells ist die Tatsache, dass es sich auf Tarifverträge stützt, die Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien voraussetzen. Der 1977 von den wichtigsten Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden unter der Schirmherrschaft des Staates ausgehandelte und vereinbarte Kodex für Arbeitsbeziehungen (Industrial Relations Code – IRC) regelte mehr als drei Jahrzehnte lang sowohl dem Wortlaut als auch dem Geiste nach die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen. Der IRC ist im Wesentlichen ein Dokument des weichen Rechts, ein Gentlemen's Agreement, das den Tarifverhandlungsprozess regelt und einen Konfliktlösungsmechanismus für den Fall vorsieht, dass beide Parteien nicht zu einem für beide Seiten akzeptablen Ergebnis kommen. Die Beteiligung der Gewerkschaften an einer Reihe von dreigliedrigen Ausschüssen in den 80er und 90er Jahren ermöglichte ihnen einerseits ein Mitspracherecht in vielen politischen Fragen, drängte sie aber zweifelsohne auch zu einer weitgehend konzilianten Haltung. Die Beteiligung der Gewerkschaften an der Politikgestaltung erstreckte sich jedoch zu keinem Zeitpunkt auf die staatliche Wirtschaftspolitik.

Als sich die politische Landschaft in den 1980er Jahren in Form eines Vier-Parteien-Systems stabilisiert hatte, wuchsen die Gewerkschaften in Bezug auf Mitgliederzahl, finanzielle Ressourcen und Apparate erheblich an, während sie politisch im Schatten ihrer jeweiligen Parteien blieben, für die sie eine Art »Transmissionsriemen« darstellten. Neben der Pancyprrian Federation of Labour (PEO), die direkt mit der AKEL verbunden ist, und dem Cyprus Workers' Confederation (SEK), der indirekt mit der DISY und der DIKO verbunden ist, war die Democratic Labour Federation of Cyprus (DEOK), eine weitere kleine Gewerkschaft, die sich von der SEK abspaltete, direkt mit der sozialdemokratischen EDEK verbunden.

In den 1990er Jahren öffnete sich die zypriotische Wirtschaft zunehmend für die internationale Wirtschaft. Das verarbeitende Gewerbe, das schon immer ein großer Sek-

tor war, schrumpfte infolge des globalen Wettbewerbs weiter, während der Dienstleistungssektor weiter expandierte und ausländische Arbeitskräfte und, nach dem Beitritt Zyperns im Jahr 2004, auch Arbeitskräfte aus EU-Ländern zu einem immer wichtigeren Teil der Erwerbsbevölkerung wurden. Obwohl die Mitgliederzahl der Gewerkschaften sowohl in den 1990er als auch in den 2000er Jahren weiter anstieg, blieb sie weit hinter der Zunahme der Erwerbsbevölkerung zurück, was zu einem deutlichen Rückgang des Organisationsgrades von rund 80 Prozent in den 1980er Jahren auf rund 50 Prozent in den 2010er Jahren führte. Die Organisation von Dienstleistungsarbeiter_innen, nicht zypriotischen Arbeitnehmer_innen und jungen Arbeitnehmer_innen im Allgemeinen war schwieriger, und obwohl die Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt einige Fortschritte erzielten, waren diese begrenzt und wurden durch die Ausbreitung der Wirtschaftskrise behindert. Die beschleunigte Ausweitung der atypischen Beschäftigung in den 2010er Jahren hat ebenfalls dazu beigetragen, die gewerkschaftlichen Organisierungsbemühungen zu verlangsamen, da prekär Beschäftigte schwieriger zu organisieren sind.

Türkische Republik Nordzypern TRNZ

Obwohl sich die Wurzeln der türkisch-zypriotischen Gewerkschaften bis in die 1940er Jahre zurückverfolgen lassen, spielte die Gewerkschaftsbewegung in der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft bis 1974 nur eine untergeordnete Rolle, da in dieser Zeit des interkommunalen Konflikts rechtsgerichtete Nationalisten die politisch-wirtschaftliche Szene beherrschten. Die ethnischen Spannungen und der spätere Konflikt zwischen den beiden Gemeinschaften, der in den 1950er Jahren begann, behinderten die wirtschaftliche Modernisierung und die Entwicklung moderner Institutionen einschließlich der Gewerkschaften. In dieser Hinsicht stellt die faktische geografische Teilung der Insel im Jahr 1974 und die Gründung einer separaten türkisch-zypriotischen politischen Einheit im Jahr 1975 einen wichtigen Meilenstein dar. Obwohl einige große Gewerkschaften wie die KTAMS (Gewerkschaft der türkischen Beamten Zyperns), die KTÖS (Gewerkschaft der türkischen Grundschullehrer Zyperns) und die KTOEÖS (Gewerkschaft der türkischen Sekundarschullehrer Zyperns) sowie einer der Verbände, die Türk-Sen (Föderation der türkischen Gewerkschaften Zyperns), bereits vor 1974 gegründet worden waren, waren die Umstände in den kleinen Enklaven, in denen die türkischen Zypriot_innen unter der Militärherrschaft lebten, für eine klassenbasierte Gewerkschaftsbewegung nicht förderlich. Daher gewann die Gewerkschaftsbewegung erst in der relativ demokratischeren Zeit nach 1974 an Schwung.

In dieser frühen Nachkriegszeit gab es im privaten Sektor nur eine kleine Produktion, und der Staat war der größte Arbeitgeber. Staatliche Wirtschaftsunternehmen waren im Tourismus und in der verarbeitenden Industrie tätig, wo die Größenordnung eine gewerkschaftliche Organisation begünstigte. Diese Faktoren erklären die Dominanz der Gewerkschaften im öffentlichen Sektor.

Dank der positiven Atmosphäre zu Beginn der Zeit nach 1974 und inspiriert durch die relative Stärke der Linken in der Türkei verabschiedete das Parlament in dieser Zeit viele arbeiter_innenfreundliche Gesetze, die den Gewerkschaften (zumindest im öffentlichen Sektor) mehr Macht verliehen. Infolgedessen gab es 1981, als die Gesamtzahl der Beschäftigten etwa 54 000 betrug, etwa 20 000 Gewerkschaftsmitglieder. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder konnte diese Zahl jedoch lange Zeit nicht übersteigen. Obwohl die Gesamtbeschäftigungszahl im Jahr 2001 90 000 erreichte, lag die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder immer noch auf diesem Niveau. Im Jahr 2019 gab es etwa 25 000 Gewerkschaftsmitglieder, während die Gesamtbeschäftigungszahl bei 138 000 lag.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Republik Zypern

Die allmähliche, aber beträchtliche Ausweitung des öffentlichen Sektors im weiteren Sinne ermöglichte es dem Mitte-Rechts-Flügel SEK, die PEO in Bezug auf die Mitgliederzahl einzuholen, da er die überwältigende Mehrheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in den Gemeinden organisierte. Gleichzeitig wurde die Pankýpria Syntechnía Dimosíon Ypallílon (PASYDY, panzyprische Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten), die die Beamt_innen vertritt, ebenfalls gestärkt, konnte ihre Mitgliederzahl erhöhen und eine Reihe

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in der Republik Zypern

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Παγκύπρια Εργατική Ομοσπονδία, ΠΕΟ (Panzypriotischer Gewerkschaftsbund, PEO)	Vorsitz: Pampis Kyritsis Stv. Vorsitz: Soteroulla Charalambous	56 742 (2020)	WGB
Συνομοσπονδία Εργαζομένων Κύπρου, ΣΕΚ (Zypriotischer Arbeiterbund, SEK)	Vorsitz: Andreas Matsas Stv. Vorsitz: Michalis Michael	55 813 (2016)	IGB, EGB
Παγκύπρια συνδικαλιστική οργάνωση δημοσίων υπαλλήλων, ΠΑΣΥΔΥ (Panzypriotische Gewerkschaft der öffentlichen Bediensteten, PASYDY)	Vorsitz: Stratis Mathaiou Stv. Vorsitz: Antonis Koutsoullis	21 535 (2020)	EGB, EPSU, PSI

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in der Republik Zypern

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Συντεχνία Οικοδόμων, Ξυλουργών, μεταλλωρύχων και γενικών εργατών, Οικοδόμοι (Gewerkschaft der Bauarbeiter, Zimmerleute, Bergleute und allgemeinen Arbeiterschaft, Bauleute)	PEO	Vorsitz: Michalis Papanikolaou Stv. Vorsitz: Eftihios Papamichael	10 673 (2020)	UITBB
Συντεχνία Ξενοδοχοϋπαλλήλων και Κέντρων Αναψυχής, ΣΥΞΕΚΑ (Gewerkschaft der Angestellten in Hotels und Freizeitzentren SYXKA)	PEO	Vorsitz: Lefteris Georgiadis Stv. Vorsitz: Andreas Kombos	11 763 (2020)	TUI-HOTOUR
Ομοσπονδία Σωματείων Ημικρατικών Οργανισμών, ΟΗΟ (Gewerkschaftsverband der halbstaatlichen Organisationen OIO)	SEK	Vorsitz: Andreas Elia Stv. Vorsitz: Ilias Demetriou	ca. 7 500	EPSU, PSI
Ομοσπονδία Υπαλλήλων Ξενοδοχείων. Επισιτισμού και Κέντρων Αναψυχής, ΟΥΞΕΚΑ (Verband der Angestellten im Hotel- und Gastgewerbe und in Freizeitzentren, ΟΙΧΕΚΑ)	SEK	Vorsitz: Miltiadis Miltiadous Stv. Vorsitz: Georgios Karas	ca. 10 000	EFFAT, IUF
Ένωση Τραπεζικών Υπαλλήλων Κύπρου, ΕΤΥΚ (Gewerkschaft der Bankangestellten Zyperns, ETYK)	Unabhängig	Vorsitz: Chatzikostis Loizos Stv. Vorsitz: Christos Panagides	6 753 (2020)	UNI Europa, UNI Global

von Lohnerhöhungen und Vergünstigungen für ihre Mitglieder durchsetzen. Die PASYDY ist formell neutral und keiner bestimmten Partei zugehörig, doch da die Mehrheit ihrer Mitglieder Anhänger_innen der DIKO und der DISY sind, tendiert sie politisch in der Regel nach rechts. Parteimitglieder und Parteifunktionär_innen sind im öffentlichen Dienst und innerhalb der PASYDY aktiv, auch wenn dies nicht in Form von formalisierten internen Fraktionen geschieht, wie z.B. in den Lehrgewerkschaften POED, OELMEK und OLTEK, die den Grundschul-, den Sekundarschul- bzw. den technischen Bildungsbereich vertreten. Die ETYK, die Gewerkschaft des Bankensektors, ist ähnlich wie die PASYDY nicht formal an eine politische Partei gebunden und konnte von der erheblichen Expansion des Bankensystems und seiner starken Position auf dem Arbeitsmarkt profitieren, indem sie ihren Mitgliedern in den 1980er, 1990er und 2000er Jahren erhebliche Lohnerhöhungen, Vergünstigungen und Privilegien verschaffte.

Die Ausweitung der irregulären Beschäftigung im breiteren öffentlichen Sektor in den 2000er Jahren und die Unfähigkeit von PASYDY und SEK, diese Beschäftigten trotz einiger Verbesserungen weitgehend zu schützen, hat zur Gründung anderer kleiner, unabhängiger Gewerkschaften geführt. Die größten von ihnen, wie ASDYK, die in den 2010er Jahren als zweite allgemeine Gewerkschaft des öffentlichen Sektors entstand, PASIKY, eine Gewerkschaft der Ärzte in öffentlichen Krankenhäusern, und PASYNO, die Gewerkschaft der Krankenpfleger_innen in öffentlichen Krankenhäusern, stellen alle die PASYDY in Frage. In jüngerer Zeit wurde die Gewerkschaft Pankýpria Syntechnia Isotita, (ISOTITA, Panzyprische Gewerkschaft Gleichheit) gegründet, die irregulär beschäftigte Arbeitnehmer_innen im öffentlichen und halböffentlichen Sektor vertritt.

In den 2010er Jahren mussten die großen Gewerkschaften Mitgliederverluste hinnehmen, blieben aber die dominierenden Akteure, da sich die Gewerkschaftslandschaft nicht grundlegend verändert hatte.

Die gewerkschaftliche Vertretung ist je nach Wirtschaftszweig und Unternehmensgröße sehr unterschiedlich. Im öffentlichen, halböffentlichen, kommunalen und Bankensektor ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad nach wie vor sehr hoch, wenn auch nicht mehr so hoch wie früher, da die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft für die regulär Beschäftigten traditionell fast automatisch mit der Einstellung erfolgt. Ausnahmen bilden hier diejenigen, die Spitzenpositionen in der Verwaltung und im Management innehaben, Fachkräfte sowie regulär und projektbezogene Beschäftigte, die befristete Arbeitsstellen innehaben. Weitere Faktoren, die zu einer Veränderung der Mitgliederzahlen geführt haben, sind der Anstieg der Zahl der irregulär Beschäftigten, die mit Zeitverträgen und aufeinanderfolgenden befristeten Verträgen eingestellt werden und in der Regel jung sind, sowie der bereits erwähnte Austritt einiger Arbeitnehmer_innen und Berufsgruppen aus PASYDY und in geringerem Umfang aus dem SEK.

In der Privatwirtschaft geht der Trend dahin, dass die meisten großen Unternehmen gewerkschaftlich organisiert sind und

die meisten kleinen Unternehmen keine Gewerkschaften haben. Dies ist der Fall im Hotel- und Gaststättengewerbe und im Baugewerbe, wo die Gewerkschaften relativ stark sind und branchenweite Tarifverträge aushandeln. Es gibt jedoch einige große Arbeitgeber in diesen Branchen, denen es gelingt, die Gewerkschaften aus ihren Unternehmen herauszuhalten. Selbst in diesen beiden Branchen, die relativ groß und sehr dynamisch sind und zusammen mit dem Bankensektor die gesamte Wirtschaft antreiben, hatten die Gewerkschaften in den letzten zehn Jahren zunehmend Schwierigkeiten. Das Baugewerbe wurde von der Krise schwer getroffen und schrumpfte in den Krisenjahren erheblich, hat sich aber derzeit erholt. Der Tourismus war die einzige Branche, die während der Krise weiter wuchs, aber die vorherrschenden Bedingungen in der Wirtschaft erlaubten es den Gewerkschaften nicht, die Beschäftigungsbedingungen von vor der Krise aufrechtzuerhalten, geschweige denn zu verbessern, obwohl in den letzten Jahren einige Schritte unternommen wurden, um sowohl die Bedingungen als auch die Vertretung zu verbessern.

Im Verkehrssektor und im verarbeitenden Gewerbe sind die Gewerkschaften nur mäßig vertreten, und es gibt eine Mischung aus Industrie- und Unternehmenstarifverträgen, die einen kleinen Teil der Beschäftigten abdecken, aber auch als Bezugspunkt für einige andere nicht gewerkschaftlich organisierte Unternehmen dienen. Im Einzelhandel und im Dienstleistungssektor war und ist die Präsenz der Gewerkschaften begrenzt. Tarifverträge sind in diesen Sektoren sehr selten, und wenn es sie gibt, gehen sie nicht über die Unternehmensebene hinaus. In Ermangelung von Tarifverträgen bleibt den Gewerkschaften als einziges Instrument die Arbeitsgesetzgebung und das Eintreten für einen Mindestlohn, wo dies möglich ist. In transnationalen Unternehmen ist die gewerkschaftliche Organisation tendenziell seltener, was auf die gewerkschaftsfeindliche Politik zurückzuführen ist, die in der Regel in Sektoren wie den Fast-Food-Ketten verfolgt wird, und auf die Vorherrschaft individualistischer Ideologien, beispielsweise in multinationalen professionellen Dienstleistungen.

Die formale EU-Definition für kleine und mittlere Unternehmen ist für ein kleines Land wie Zypern analytisch nicht sehr nützlich, da die überwältigende Mehrheit der Unternehmen in diese Kategorie fällt. Der Trend geht jedoch dahin, dass die gewerkschaftliche Organisation in kleinen, oft familiengeführten Unternehmen schwieriger ist als in mittleren Unternehmen.

Türkische Republik Nordzypern TRNZ

Historische und strukturelle Faktoren wie der sehr geringe Umfang der industriellen Produktion und die geringe Größe der Privatunternehmen haben die gewerkschaftliche Organisation im Privatsektor sehr schwierig gemacht. Folglich ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Privatwirtschaft sehr niedrig. Laut einer Studie aus dem Jahr 2014 gab es in 95 Prozent der privaten Arbeitsplätze keine Gewerkschaftsmitglieder. Die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder arbeitet daher im öffentlichen und

halböffentlichen Sektor. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist rückläufig: Während er 2004 noch bei 33,7 Prozent lag, betrug er 2019 nur noch rund 22 Prozent.

Die Gewerkschaftslandschaft im nördlichen Teil Zyperns ist recht zersplittert. Nach Angaben des Gewerkschaftsregisters gab es im Jahr 2019 48 aktive Gewerkschaften. Laut Gesetz können sich 20 Personen zu einer Gewerkschaft zusammenschließen. Gewerkschafter halten dies für eine bewusste Strategie der Politiker_innen, um die Entwicklung größerer und einflussreicherer Gewerkschaften zu unter-

graben, denn in der Praxis ziehen es die Beschäftigten vor, eine neue Gewerkschaft zu gründen und zu führen, anstatt sich größeren bestehenden Branchengewerkschaften anzuschließen und ihre Ressourcen zu bündeln.

Die Gewerkschaftsszene wird von drei großen Gewerkschaftsverbänden im öffentlichen und halböffentlichen Sektor sowie von mehreren unabhängigen Gewerkschaften in der öffentlichen Verwaltung, im primären und sekundären öffentlichen Bildungswesen und in den Kommunen dominiert.

Tabelle 3
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in der TRNZ

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Hür İşçi Sendikaları Federasyonu, Hür-İş (Bund der Freien Gewerkschaften)	Vorsitz: Ahmet Serdaroğlu (amtierend) Generalsekretär: Ali Yeltekin	5 201	Keine
Kıbrıs Türk İşçi Sendikaları Federasyonu, Türk-Sen (Türkisch-zypriotischer Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Arslan Bıçaklı Generalsekretär: Tamay Soysan	1 587	IGB, EGB
Devrimci İşçi Sendikaları Federasyonu, Dev-İş (Föderation der revolutionären Gewerkschaften)	Vorsitz: Koral Aşam Generalsekretär: Ömer Naşit	1 184	WGB

Tabelle 4
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften in der TRNZ

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Kıbrıs Türk Öğretmenler Sendikası, KTÖS (Türkisch-zypriotische Gewerkschaft der Grundschullehrer_innen)	Unabhängig	Vorsitz: Emel Tel Generalsekretär: Şener Elcil	2 276	EI, ETUCE
Kıbrıs Türk Orta Eğitim Öğretmenler Sendikası, KTOEÖS (Türkisch-zypriotische Gewerkschaft der Sekundarschullehrer_innen)	Unabhängig	Vorsitz: Ozan Elmalı Generalsekretär: İbrahim Ermihan	2 578	EI, ETUCE
Kıbrıs Türk Amme Memurları Sendikası, KTAMS (Türkisch-zypriotische Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes)	Unabhängig	Vorsitz: Güven Bengihan Generalsekretär: Serman Yiğit	3 548	EPSU, PSI
Kıbrıs Türk Kamu Görevlileri Sendikası, Kamu-Sen (Türkisch-zypriotische Beamten-gewerkschaft)	Unabhängig	Vorsitz: Metin Atan Generalsekretär: Özgür Kıdrışlıoğlu	2 282	keine
Kamuişçileri Sendikası, Kamu-İş (Türkisch-zypriotische Arbeitergewerkschaft des öffentlichen Dienstes)	Hür-İş	Vorsitz: Ahmet Serdaroğlu Generalsekretär: Devrim Gündüz	2 624	Internationaler Eurasischer Metallgewerkschaftsbund (IEMF)
Belediye Emekçileri Sendikası (Gewerkschaft der Gemeindebediensteten)	Unabhängig	Vorsitz: Mustafa Yalınkaya Generalsekretär: Ulus Arpalıklı	1 501	

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Republik Zypern

Es gibt keine nennenswerten direkten rechtlichen Hindernisse, die die Möglichkeiten der Gewerkschaften, ordnungsgemäß zu handeln, einschränken. Das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, und das Streikrecht sind durch die Verfassung und die Gewerkschaftsgesetzgebung geschützt. Darüber hinaus hat das Gewerkschaftsgesetz aus dem Jahr 2012, »Über die Anerkennung von Gewerkschaftsorganisationen und das Recht auf gewerkschaftliche Unterstützung zum Zwecke der Anerkennung für Tarifverhandlungen«, die Situation für die Gewerkschaften verbessert, indem ein Verfahren eingeführt wurde, mit dem die Weigerung der arbeitgebenden Instanz, die Anerkennung zu gewähren, durch einen Erlass des Gewerkschaftsregistrators überwunden werden kann. Zuvor bestand die einzige Möglichkeit darin, Arbeitgeber_innen durch einen unbefristeten Arbeitskampf zum Einlenken zu zwingen. Die hohen Kosten und das hohe Risiko einer solchen Aktion haben die Gewerkschaften oft davon abgehalten, einen solchen Weg einzuschlagen. Mit dem Gesetz von 2012 kann der Gewerkschaftsregistrator auf Antrag der Gewerkschaft direkt ein Dekret zur obligatorischen Anerkennung erlassen, wenn die Gewerkschaften in einem Betrieb mit mehr als 30 Beschäftigten mindestens 50 Prozent der Arbeitnehmer_innen vertreten. Wenn die Gewerkschaften mindestens 25 Prozent der Arbeitnehmer_innen vertreten, kann der Gewerkschaftsregistrator eine geheime Abstimmung in den Räumlichkeiten des Unternehmens ohne Anwesenheit des Arbeitgebers durchführen. Das Ergebnis der Abstimmung ist unabhängig davon, ob eine Gewerkschaftsvertretung gewünscht wird oder nicht, mit einfacher Mehrheit gültig, wenn mindestens 40 Prozent der Beschäftigten daran teilnehmen. Das Gesetz hat den Gewerkschafter_innen auch den Zugang zu den Betrieben erleichtert und den Vertrauensleuten mehr Zeit für die Wahrnehmung ihrer Gewerkschaftsaufgaben eingeräumt. Obwohl die neuen Befugnisse des Registerbeamten nur gelegentlich zum Einsatz kamen und seit 2012 nur vier Mal in Anspruch genommen wurden, hat die bloße Existenz des Gesetzes den gewerkschaftlichen Organisierungsbemühungen sowohl etablierter als auch neuer Gewerkschaften teilweise geholfen, da die Aktivist_innen von vornherein wissen, dass die Anerkennung garantiert ist, sobald die vorgeschriebenen Anteile erreicht sind.

Alle acht grundlegenden ILO-Übereinkommen und drei der vier Governance-Übereinkommen wurden von der Republik Zypern ratifiziert und sind derzeit in Kraft. Das Übereinkommen 129 über die Arbeitsaufsicht (Landwirtschaft) ist noch nicht ratifiziert. Von den technischen Übereinkommen sind 46 von 178 ratifiziert. Im Allgemeinen hat Zypern 57 Übereinkommen und vier Protokolle ratifiziert: 50 sind in Kraft; 7 Übereinkommen und zwei Protokolle wurden gekündigt; zwei Instrumente wurden gekündigt, während in den letzten 12 Monaten keine neuen ratifiziert wurden.

Türkische Republik Nordzypern TRNZ

Das Recht, Gewerkschaften zu gründen, das Recht auf Tarifverträge und das Streikrecht sind in der türkisch-zypriotischen Verfassung von 1985 geschützt (Artikel 53 und 54).

Das Gewerkschaftsgesetz wurde 1971 eingeführt und ist seit 1974 nicht mehr geändert worden. Obwohl es aktualisiert werden muss, zögern die Gewerkschaften, sich dafür einzusetzen, da sie mögliche negative Folgen befürchten. Eine ihrer Hauptsorgen ist die wahrscheinliche Abschaffung des Check-Off-Systems, bei dem Arbeitgeber_innen den Gewerkschaftsbeitrag von den Löhnen der Beschäftigten abziehen und direkt an die Gewerkschaften abführt, was von Zeit zu Zeit von rechten Politikern ins Gespräch gebracht wird, um die Stärke der Gewerkschaften zu untergraben.

Die Gewerkschaften haben keine Probleme, sich im öffentlichen Sektor zu organisieren. Tatsächlich arbeitet eine überwältigende Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitskräfte im öffentlichen oder halböffentlichen Sektor.

Andererseits kann man sagen, dass die Beschäftigten des privaten Sektors im Allgemeinen und die Wanderarbeitskräfte im Besonderen unter prekären Bedingungen arbeiten. Obwohl das türkisch-zypriotische Parlament nur eine begrenzte Anzahl von ILO-Übereinkommen ratifiziert hat, wird das Arbeitsgesetz von 1992, das die Arbeitsbeziehungen im privaten Sektor regelt, von Gewerkschaftern als vernünftig angesehen. Allerdings gibt es ernsthafte Probleme bei der Durchsetzung dieses Gesetzes. So wurden beispielsweise bei verschiedenen Gelegenheiten zahlreiche Beschäftigte in der Privatwirtschaft entlassen, nachdem sie einer Gewerkschaft beigetreten waren, obwohl dies eindeutig gegen das Gesetz verstößt. Auch bei der Durchsetzung der Arbeitsschutzvorschriften gibt es schwerwiegende Defizite. Vor allem im Baugewerbe kommt es häufig zu tödlichen Arbeitsunfällen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Republik Zypern

Im südlichen Teil Zyperns gibt es praktisch nur zwei Verhandlungsebenen: die industrielle Ebene und die Ebene der Arbeitsplätze/des Unternehmens. Zwischen diesen beiden Ebenen gibt es keine substanzielle Verbindung und auch keine systematische Koordinierung der Tarifverhandlungen. Es ist jedoch wichtig festzustellen, dass einige große Tarifverträge informell das Muster für kleinere Verträge in verschiedenen Branchen vorgeben, und der öffentliche Sektor den Maßstab für den privaten Sektor setzt. Auf sektoraler Ebene finden immer direkte Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern statt, in den meisten Fällen zwischen den beiden größten Gewerkschaftsbünden PEO und SEK auf der Arbeitnehmer_innenseite und OEB auf der Arbeitgeberseite. Auf Unternehmensebene werden die Tarifverträge in der Regel direkt zwischen Gewerkschaftsvertreter_innen und

Arbeitgebern ausgearbeitet und ausgehandelt, in einigen Fällen jedoch mit Unterstützung des Arbeitgeberverbandes, dem sich das Unternehmen angeschlossen hat.

Es gibt weder auf nationaler noch auf branchenübergreifender oder regionaler Ebene Verhandlungsstandards. Gelegentlich gibt es einige Rahmenvereinbarungen, die die Bandbreite der Verhandlungsziele für die nachfolgenden Tarifverträge festlegen. Sie sind nie detailliert und legen in der Regel keine konkreten Beschäftigungsbedingungen fest. Daher können sie nicht als dritte, sektorübergreifende Verhandlungsebene angesehen werden. Diese Rahmenvereinbarungen auf nationaler Ebene sollten eher als politische Erklärungen und sozialer Dialog denn als Tarifverhandlungen verstanden werden.

Obwohl keine genauen, umfassenden und aktualisierten Zahlen verfügbar sind, kommt das Ausmaß der tarifvertraglichen Deckung der Gewerkschaftsdichte sehr nahe, da es praktisch keine anderen Formen von Tarifverhandlungen gibt und keine anderen Akteur_innen beteiligt sind, auch wenn manchmal die grundlegenden Bedingungen eines bestehenden Tarifvertrags auch einzelne Verträge beeinflussen können. Das Fehlen von Ausdehnungsmechanismen auf Branchenebene und wirksame Erga-omnes-Regeln auf Unternehmensebene führen zu einer Konvergenz des gewerkschaftlichen Organisationsgrads und der Tarifbindung. Der Gesamttrend bei der tarifvertraglichen Deckungsrate ist also ein Rückgang, der mit dem Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrades einhergeht. Daraus lässt sich schließen, dass der Rückgang des gewerkschaftlichen Organisationsgrads von 63,4 Prozent im Jahr 2001 auf 45,2 Prozent im Jahr 2013 zu einem entsprechenden Rückgang der Tarifverhandlungen geführt hat. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der Republik Zypern liegt über dem EU-Durchschnitt, während die Tarifverhandlungsquote unter dem EU-Durchschnitt liegt.

Insgesamt gilt der internationale Trend zur Dezentralisierung der Tarifverhandlungen, der durch die Präferenzen der Arbeitgeber vorangetrieben und durch die Schwäche der Gewerkschaften im neoliberalen Zeitalter ermöglicht wurde, auch für Zypern. Einige der Branchen, in denen Tarifverhandlungen auf Branchenebene geführt wurden, wie z.B. Lederwaren, Bekleidung und Schuhe, sind geschrumpft, während andere tertiäre Sektoren, in denen Tarifverhandlungen hauptsächlich auf Unternehmensebene geführt werden, expandiert haben. Obwohl es keine verlässlichen Zahlen für den Zeitverlauf gibt, scheinen die bruchstückhaften Belege darauf hinzudeuten, dass die Zahl der Tarifverträge und ihr Geltungsbereich zurückgegangen sind, wobei die Tarifverhandlungen auf Unternehmensebene auf Kosten der Branchenebene zunahm, was auf eine stärkere Dezentralisierung hindeutet. In Branchen, in denen Tarifverhandlungen auf Industrie- und Unternehmensebene nebeneinander bestehen, wie z.B. in der Metallindustrie, haben die unbeständigen Bedingungen der Krise die Dezentralisierungstendenzen noch verstärkt. Im Bankensektor kam es zu einer Verlagerung der Verhandlungen von der Branchen- auf die Unternehmensebene, da der Arbeitgeberverband 2015 aufgelöst wurde, als seine Mitglieder mitten in der Finanzkrise beschlossen, Arbeitsanfragen auf eigene Faust zu regeln.

In einer zersplitterten Erwerbsbevölkerung mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen ist die Macht der Gewerkschaften gegenüber unnachgiebigen Arbeitgebern oft unzureichend. Daher wird die Abteilung für Arbeitsbeziehungen des Arbeitsministeriums häufig um Vermittlung bei der Einhaltung von Tarifverträgen und der Auslegung einiger Klauseln gebeten. Die Tatsache, dass es sich bei vielen bestehenden Tarifverträgen um alte Dokumente handelt, die beibehalten und überarbeitet werden, hat zu einem komplexen Geflecht von Vorschriften geführt, die häufig missverstanden und falsch ausgelegt werden. Infolgedessen ergeben sich viele Arbeitskonflikte aus Auslegungsfragen.

Die beiden wichtigsten Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten sind die Schlichtung und die Schiedsgerichtsbarkeit. Die Abteilung für Arbeitsbeziehungen (Industrial Relations Service) des Ministeriums für Arbeit, Wohlfahrt und Sozialversicherung ist für die Unterstützung bei der Schlichtung zuständig, indem sie in einen Konflikt eingreift, nachdem die Verhandlungen in eine Sackgasse geraten sind und die beiden Seiten (Arbeitgeber und Gewerkschaften) das Ministerium förmlich um eine Schlichtung gebeten haben. Das Mediationsverfahren unterliegt den Verfahren des Industrial Relation Code (IRC), der detaillierte Verfahren für die Streitbeilegung im privaten und halböffentlichen Sektor vorsieht; für den öffentlichen Sektor gelten andere Regeln. Das vom IRC geregelte Schlichtungsverfahren ist kein obligatorisches Verfahren und wird nicht durch Rechtsvorschriften geregelt. Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften können jedoch ausdrücklich vorsehen, dass arbeitsrechtliche Streitigkeiten der Mediation unterworfen werden. Ziel der Mediation ist es, Arbeitgeber und Gewerkschaften dabei zu unterstützen, eine für beide Seiten akzeptable Lösung zu finden. Insgesamt kann man sagen, dass die Gewerkschaften in ihren Kernaufgaben teilweise erfolgreich sind, wenn auch in diesem Jahrzehnt weniger als im vorangegangenen.

In den Jahren nach der zweiten Jahreshälfte 2011 verlangsamten sich die Prozesse des sozialen Dialogs infolge der Wirtschaftskrise, da der Notstandskontext und anschließend das Memorandum of Understanding (MoU) der Republik Zypern mit der Troika wenig Raum für Diskussionen im Bereich der Sozial- und Arbeitspolitik ließen. Der Schaden, der den Strukturen und Prozessen des sozialen Dialogs zugefügt wurde, konnte in den Jahren nach dem Auslaufen des MoU im Jahr 2016 nicht vollständig geheilt werden, da die DISY-Regierung häufig unilaterale Initiativen ergriff, ohne die Sozialpartner zu konsultieren. Im Jahr 2019 waren jedoch einige Fortschritte zu verzeichnen und es gab Anzeichen für eine bescheidene Wiederbelebung der sektoralen Tarifverhandlungen und des sozialen Dialogs. Im Jahr 2020 übernahm das Arbeitsministerium trotz der pandemiebedingten geringeren Aktivität der Gewerkschaften mehrfach die vermittelnde Rolle auf der Grundlage des IRC ein. Im Jahr 2021 sahen viele Arbeitgeber die Pandemiekrise als Gelegenheit, die Rechte der Arbeitnehmer_innen, die zuvor durch Tarifverträge festgelegt worden waren, einzuschränken und ihre Verpflichtungen ihnen gegenüber zu verletzen. Außerdem hat die Angst vor Arbeitslosigkeit viele Arbeitnehmer_innen dazu gebracht, verschiedene Formen der Verletzung ihrer Rechte zu akzep-

tieren. Gleichzeitig bleibt die Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens in einer Zeit der Pandemiekrise eine große Herausforderung für die Zukunft des zypriotischen Unternehmensmodells, und das Arbeitsministerium übernahm auch in diesem Fall mehrfach die vermittelnde Rolle.

Türkische Republik Nordzypern TRNZ

Wie bereits erwähnt, sind die Gewerkschaften fast ausschließlich im öffentlichen und halböffentlichen Sektor organisiert, wo es verschiedene Mechanismen des sozialen Dialogs gibt. Einige dieser Mechanismen funktionieren relativ gut, einige funktionieren gut, wenn die Regierung den Willen dazu hat, und einige existieren nur auf dem Papier. In den letzten zehn Jahren ist eine allgemeine Verschlechterung der Funktionsweise dieser Mechanismen zu beobachten. Dies ist größtenteils auf die zwischen der TRNZ und Ankara unterzeichneten Wirtschaftsprotokolle zurückzuführen, die Sparmaßnahmen vorsehen. In einem Umfeld, in dem die Regierung nach wie vor die größte Arbeitgeberin ist, hat das Finanzministerium einen langen Schatten auf die Mechanismen des sozialen Dialogs geworfen, insbesondere wenn es um Verhandlungen über materielle Leistungen für die arbeitende Bevölkerung geht. Darüber hinaus kann man von einer Zurückhaltung der Regierung sprechen, die ihren Handlungsspielraum gegenüber den anderen Sozialpartnern einschränken kann. Daher neigt sie dazu, entweder ihre Verantwortung als Akteurin in den Mechanismen des sozialen Dialogs zu ignorieren und damit gegen das Gesetz zu verstoßen oder die Schritte zu unterlassen, die diese Mechanismen funktionsfähig machen.

Obwohl die Beschäftigten des öffentlichen Sektors im Allgemeinen das Recht auf Tarifverhandlungen haben, sind sie nicht berechtigt, einen Tarifvertrag zu unterzeichnen. Dies ist das Privileg einer kleinen Gruppe, die hauptsächlich aus Arbeitern im öffentlichen und halböffentlichen Sektor besteht. Der umfassendste Tarifvertrag wird zwischen dem Finanzministerium und dem Kamu-İş ausgehandelt, der die Arbeiter_innen im öffentlichen Sektor vertritt. In anderen Bereichen sind die Tarifverhandlungen sehr dezentralisiert und finden ausschließlich auf betrieblicher Ebene statt. Für die Angestellten des öffentlichen Sektors gilt dagegen ein anderer Tarifverhandlungsmechanismus, die so genannten »Protokollgespräche«. Diese werden zwischen dem Finanzministerium und den beiden Gewerkschaften, die die Angestellten in der öffentlichen Verwaltung vertreten, sowie den Gewerkschaften, die die Lehrer_innen und die Beschäftigten im Gesundheitswesen vertreten, geführt. Dieser Mechanismus hat jedoch allmählich an Bedeutung verloren; seit 2007 wurde kein Protokoll mehr unterzeichnet, und in manchen Jahren hat sich das Finanzministerium nicht einmal die Mühe gemacht, eine Sitzung einzuberufen, obwohl laut Gesetz jedes Jahr eine Sitzung anberaumt werden muss.

Wie bereits erwähnt, sind gewerkschaftliche Organisation und Tarifverhandlungen in der Privatwirtschaft sehr selten. Der einzige Mechanismus des sozialen Dialogs, der sich mit den Beschäftigten des privaten Sektors befasst, ist die Kommission zur Festlegung des Mindestlohns, die sich aus fünf

Vertreter_innen des Arbeitgeberverbands, fünf Vertreter_innen des größten Gewerkschaftsverbands und fünf Regierungsvertreter_innen zusammensetzt. Die Kommission tritt mindestens einmal im Jahr zusammen, um den gesetzlichen Mindestlohn festzulegen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Republik Zypern

Die positivste Entwicklung der letzten Jahre ist, dass die Tarifverhandlungen die Wirtschaftskrise überstanden haben. Und obwohl die Gewerkschaften an Dichte und Einfluss verloren haben, sind sie nicht so sehr geschrumpft, wie es in anderen südeuropäischen Ländern der Fall ist, wobei Griechenland das negativste Beispiel darstellt. Der steigende Anteil von Arbeitnehmer_innen, die unter prekären Bedingungen beschäftigt sind, der allgemeine Rückgang des Lebensstandards und die unfreiwillige Unterbeschäftigung geben jedoch weiterhin Anlass zur Sorge.

Angesichts der zunehmenden Schwierigkeiten der Gewerkschaften, das bestehende Niveau der Tarifverhandlungen aufrechtzuerhalten, geschweige denn auf die wachsende Zahl der nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer_innen auszuweiten, versuchten PEO und SEK 2012 eine Klausel zur Ausweitung der Tarifverhandlungen in der Reform des Gewerkschaftsgesetzes durchzusetzen. Dies wurde jedoch von den Arbeitgebern blockiert. Die Gewerkschaften halten an dieser Politik fest und versuchen weiterhin, Tarifverträge als primäre Regulierungsinstrumente zu stärken, die Vorrang vor rechtlichen Mitteln haben. Im Hotel- und Tourismusgewerbe ist es ihnen schließlich gelungen, im Jahr 2020 den Branchentarifvertrag zu erneuern, auch wenn dieser laut den Gewerkschaften in vielen Fällen von den Arbeitgebern verletzt wurde. Die Gewerkschaften betonen weiterhin die Notwendigkeit eines nationalen Mindestlohns, der den bestehenden, der derzeit nur neun Berufskategorien abdeckt, erweitert, da er insbesondere für Sektoren und Branchen benötigt wird, in denen es keine Tarifverhandlungen gibt. Im Jahr 2020 stimmte das Parlament für die Einrichtung und den Betrieb eines einheitlichen Inspektionsdienstes, der dem Ministerium für Arbeit, Wohlfahrt und Sozialversicherung unterstellt ist. Der seit langem unternommene Versuch, die Arbeitsaufsicht durch die Einrichtung einer unabhängigen Arbeitsaufsichtsbehörde mit erweiterten Befugnissen zu stärken, wurde 2019 von einer Parlamentsmehrheit blockiert.

Es gibt keine zuverlässigen Längsschnittuntersuchungen, die das Ansehen von Parteien, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen und beruflichen Gruppen vergleichen. Der Zusammenbruch des Bankensektors und die offensichtliche Verbreitung von Wirtschaftskriminalität, für die noch niemand zur Rechenschaft gezogen wurde, haben in Verbindung mit der Rezession und der Sparpolitik im letzten Jahrzehnt zu einer ernsthaften Diskreditierung aller Institutionen in Zypern geführt. Offensichtlich haben die Banken und die Parteien die Hauptlast getragen, aber auch die Gewerkschaften wurden auf vielfältige Weise geschädigt. Der Verlust von

Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, da viele ihrer Mitglieder arbeitslos wurden, veranlasste die Gewerkschaften, ihre Apparate zu verkleinern und deren Kosten zu senken. Ihre Unfähigkeit, ihre Mitglieder angemessen zu schützen, und ihre anhaltenden Verbindungen zu den politischen Parteien, die den von der Troika unterstützten Sparplan einstimmig verabschiedeten, ließen das Vertrauen in sie schwinden. Da sich jedoch keine bedeutenden alternativen Akteur_innen zur Förderung der Arbeitnehmer_innenrechte oder andere Vertreter_innen herausgebildet haben, sind die Gewerkschaften keiner ernsthaften Konkurrenz ausgesetzt.

Die größte politische Herausforderung, mit der die Gewerkschaften derzeit konfrontiert sind, ist die Aggressivität einiger Arbeitgeber und ihr eigener schrumpfender politischer Einfluss gegenüber den politischen Parteien und dem Staat. Auf gesellschaftlicher Ebene besteht die größte Herausforderung darin, dass ihre Schwäche offenkundig geworden ist und es ihnen immer schwerer fällt, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass sie in der Lage und willens sind, die Interessen der Arbeitnehmer_innen im Allgemeinen und insbesondere ihrer schwachen Mitglieder zu schützen. Die Priorität, die sich die Gewerkschaften selbst gesetzt haben, hat sich nicht geändert, nämlich der Schutz des bestehenden Systems der Arbeitsbeziehungen im Allgemeinen und der Institution der Tarifverhandlungen und Tarifverträge als wichtigster Regulierungsmechanismus auf dem Arbeitsmarkt. In Anbetracht des Rückgangs ihrer eigenen Macht auf dem Arbeitsmarkt unterstützen PEO und SEK jedoch die Institutionalisierung einer Reihe von Mindestlöhnen und -rechten für alle Arbeitnehmer_innen, die nicht unter Tarifverhandlungen fallen.

Auf der Ebene der Arbeitsbeziehungen stellt die Zukunft der Tarifverträge die größte Herausforderung dar. Wie bereits erwähnt, ist der Trend bereits negativ, was den sinkenden Geltungsbereich, die zunehmenden Verstöße, die Verzögerungen bei der Erneuerung und die vereinbarten Änderungen sowie die einseitig von den Arbeitgebern auferlegten Änderungen während des Berichtszeitraums betrifft. Betrachtet man dies jedoch in einem international vergleichenden Rahmen und vor allem unter Berücksichtigung der Aggressivität der Arbeitgeber während der Krisenjahre, so ist der Bodenverlust der Gewerkschaften in dieser Dimension nicht enorm und die Dinge sind nicht so dramatisch, wie sie hätten sein können. Das Gleiche gilt für die organisatorische Ebene. Der Organisationsgrad ist zwar rückläufig, aber es handelt sich um einen allmählichen Prozess, der vergleichsweise deutlich über dem EU-Durchschnitt liegt, was zeigt, dass sich die Gewerkschaftsbewegung in Zypern trotz des Rückgangs der Gewerkschaften selbst erhalten hat.

Der politische Einfluss und die gesellschaftliche Akzeptanz der Gewerkschaften haben im letzten Jahrzehnt deutlich abgenommen. In den letzten zwei Jahren ist jedoch der Impuls gewachsen, dass endlich weitere gesetzgeberische Schritte in Richtung einer Regulierung des Arbeitsmarktes unternommen werden können. Die drei Hauptrichtungen sind: die Umwandlung der »Hauptklauseln« der Tarifverträge in Gesetze; die Einführung eines nationalen Mindestlohns, der für alle Arbeitnehmer_innen gilt, die nicht von den bestehenden Ver-

trägen erfasst werden, wobei der in den Tarifverträgen festgelegte Mindestlohn für die betreffenden Branchen in Gesetze umgewandelt wird; und die Einführung von Ausdehnungsmechanismen in Bezug auf die Tarifverträge. Die Gewerkschaften sind heute zuversichtlich, dass dies unter den »Post-Krisen«-Bedingungen des Jahres 2020 möglich ist, und sie drängen auf diese Maßnahmen im Rahmen der Verfahren des sozialen Dialogs.

Auf europäischer und internationaler Ebene sind die zypriotischen Gewerkschaften gut vernetzt, aber angesichts der geringen Größe Zyperns ist ihre Beteiligung weder zentral noch vorrangig. Alle drei großen Gewerkschaften haben internationale Verbindungsstellen, sie verfolgen gemeinsame Aktionstage und Kampagnen, die von der europäischen oder internationalen Ebene ausgehen, und sie berichten durch ihre Presse über internationale Entwicklungen. Die PEO ist wahrscheinlich die engagierteste und am stärksten international ausgerichtete der drei Gewerkschaften, was auf ihr historisches Erbe zurückzuführen ist, insbesondere nach dem Zusammenbruch des Ostblocks. Seit den 1990er Jahren ist PEO strukturell in der Lage, eine der wenigen großen Gewerkschaften in der EU zu sein, die dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) angehören. Der SEK hingegen ist auf europäischer Ebene am besten vernetzt und nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) teil.

Türkische Republik Nordzypern TRNZ

Im Allgemeinen haben linke Gewerkschaften gute Beziehungen zu linken politischen Parteien, obwohl es keine organischen Verbindungen zwischen ihnen gibt. Das Gleiche gilt weitgehend für die rechten Gewerkschaften und die rechten politischen Parteien. Die Gewerkschaften sind gut darin, Massenproteste zu organisieren, die einen gewissen Einfluss auf breitere soziale und politische Themen haben können. So spielten sie beispielsweise eine wichtige Rolle bei der Mobilisierung der Menschen zu Demonstrationen für die Wiedervereinigung der Insel und den EU-Beitritt im Zeitraum 2002-2004. Dies war ein großer Erfolg mit dauerhaften Auswirkungen auf die politische Szene: Obwohl die Wiedervereinigung und die EU-Mitgliedschaft aufgrund des Neins der griechisch-zypriotischen Gemeinschaft im Referendum von 2004 nicht zustande kamen, wurde die Insel als Ganzes Teil der EU, und die Parteien, die für die Wiedervereinigung eintraten, kamen im nördlichen Teil der Insel zum ersten Mal als führende Koalitionspartner an die Macht. Folglich gewannen die Kandidaten der Wiedervereinigungsparteien zwischen 2005 und 2020 zweimal die Präsidentschaftswahlen.

Die Fähigkeit der Gewerkschaften, einen dauerhaften Einfluss auf die Wirtschaftspolitik auszuüben, war jedoch in der Vergangenheit gering. Man kann sagen, dass dieser Einfluss in den letzten zehn Jahren angesichts des wachsenden Einflusses Ankaras auf die Wirtschaftspolitik, der sich in Form von zwischen der türkischen und der TRNZ-Regierung unterzeichneten Wirtschaftsprotokollen manifestiert, weiter zurückgegangen ist. Zunächst war es der Gewerkschaftsplattform, in der Gewerkschaften aus dem gesamten politischen Spekt-

rum vertreten sind, gelungen, 2010 und 2011 öffentliche Unterstützung gegen diese Politik zu mobilisieren. Diese Massenmobilisierung konnte jedoch die Umsetzung der wichtigsten Sparmaßnahmen nicht verhindern.

Positiv zu vermerken ist, dass das Arbeitsministerium, wie in früheren Berichten erwähnt, im Juli 2018 eine Regelung eingeführt hat, die Tarifverhandlungen und die gewerkschaftliche Organisation in den privaten Medieneinrichtungen fördert. Die Regelung sieht im Wesentlichen vorübergehende finanzielle Anreize für Medienunternehmen vor, die einen Tarifvertrag unterzeichnen; für einen Zeitraum von 36 Monaten werden die Sozialversicherungs- und Vorsorgeprämien für die unter den Tarifvertrag fallenden Beschäftigten vom Staat übernommen. Die Finanzierung der Regelung stammt aus einem anderen Programm, das die Beschäftigung türkisch-zyprischer Staatsbürger_innen in der Privatwirtschaft fördern soll und daher nicht für Arbeitnehmer_innen gilt, die nicht Staatsbürger_innen der TRNZ sind. Dank der Regelung wurden in großen Medienunternehmen, darunter Kibris, dem größten privaten Medienunternehmen im nördlichen Teil Zyperns, Tarifverträge unterzeichnet. Obwohl im Februar 2019 die vorbereitenden Arbeiten zur Ausweitung dieser Regelung auf andere Sektoren abgeschlossen wurden und ein Gesetzentwurf der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, wurde der Entwurf nach dem Zusammenbruch der Vier-Parteien-Koalition, in der das Büro des Premierministers und das Arbeitsministerium von linksgerichteten Parteien, der Republikanischen Türkischen Partei (CTP) bzw. der Sozialdemokratischen Partei (TDP), kontrolliert wurden, schließlich auf Eis gelegt. Das relative politische Gewicht der Gewerkschaften wurde weiter geschwächt, nachdem die Minderheitskoalition aus drei rechtsgerichteten Parteien, der Partei der Nationalen Einheit (UBP), der Demokratischen Partei (DP) und der Partei der Wiedergeburt (YDP), im Jahr 2020 an die Macht gekommen war. Diese Regierung brach im Oktober 2021 auseinander. Die neue Übergangsregierung, bestehend aus UBP und DP, übernahm die Macht im November im Vorfeld der für den 23. Januar 2022 angesetzten vorgezogenen Parlamentswahlen.

Das Ansehen der Gewerkschafter_innen in der Öffentlichkeit ist nicht gerade beeindruckend. Laut einer im März 2021 durchgeführten Umfrage des Zentrums für Migrations-, Identitäts- und Rechtsstudien (CMIRS), eines lokalen Meinungsforschungsinstituts, lag das Vertrauen in die Gewerkschaften beispielsweise bei 2,35 (von 5). Am schlechtesten schnitten die politischen Parteien (2,07) und das Parlament (2,15) ab, während die Polizei (3,65) und die Justiz (3,27) am besten abschnitten.

Hubert Faustmann, *Professor für Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität von Nikosia und Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zypern*

Gianna Chatzigeorgiou, *Soziologin, MA*

Sertac Sonan, *Außerordentlicher Professor für Internationale Beziehungen und Direktor des Zentrums für Zypern- und Mittelmeerstudien, Cyprus International University*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.